

Gemeingut-Jahresbericht 2024

Berlin, Februar 2025

Liebe Freundinnen und Freunde von Gemeingut in BürgerInnenhand,

manche politischen Entscheidungen haben wenig mit den Bedürfnissen der Menschen zu tun. Seit Jahrzehnten fehlen Investitionen in wichtige Infrastrukturen. Im November stürzte nun die Carolabrücke in Dresden ein. Krankenhäuser werden geschlossen – bundesweit allein 24 Standorte letztes Jahr. In Berlin fährt die Landesregierung einen extremen Sparkurs, hält aber trotzdem daran fest, einen Teil des Schulneubaus auszulagern, obwohl die Kosten dafür von rund einer Milliarde auf inzwischen 10,7 Milliarden gestiegen sind und zum Teil über dem Zehnfachen des Bundesdurchschnitts liegen – wir warnen seit Jahren davor. Das Sport- und Erholungszentrum in Berlin (SEZ) hat der Senat zwar zurückerstritten, will es aber abreißen, trotz fehlender Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Wie wir von Gemeingut uns gegen all das wehren, lesen Sie in unserem Jahresbericht. Es gilt: Wer, wenn nicht wir. Wann, wenn nicht jetzt?

Mit solidarischen Grüßen

Laura Valentukeviciute und Carl Waßmuth für das Gemeingut-Team



Fotos: Gemeingut, Rolf Zöllner

1 Unsere Aktivitäten

Zu folgenden Themen arbeiteten wir im vergangenen Jahr:

1.1 Krankenhausschließungen

Vor zwei Jahren fing die Bundesregierung an, die Krankenhausreform auszuarbeiten, Ende Dezember 2024 wurde sie verabschiedet. Eigentlich genug Zeit, um das Vorhaben mit den Betroffenen fundiert zu diskutieren oder eine Auswirkungenanalyse vorzulegen. Stattdessen agierten Bundesgesundheitsminister Lauterbach und sein Ministerium vor allem mit Vernebelungstaktik, fadenscheinigen Argumenten und Drohungen. Vieles davon deckten wir mit unserem Bündnis Klinikrettung auf: In unserer Studie »Leere Versprechen: Kaum Ersatz nach Krankenhausschließungen« informierten wir über die Scheinargumente der Schließungsbefürworter. Im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz in Lübeck-Travemünde verliehen wir unseren Schmähpriester, die »Goldene Abrissbirne«, an die Gesundheitsminister:innen der Länder, weil sie Schließungen vornehmen oder zulassen. Eine neue Ausgabe unserer Zeitung gegen Krankenhausschließungen legten wir im Frühjahr der Wochenzeitung der Freitag bei, und mit zwei Pressekonferenzen informierten wir über aktuelle Schließungen und ihre Folgen für die Versorgung. Im Herbst gaben wir eine Umfrage zur Reform in Auftrag und gingen damit an die Presse. Außerdem waren wir als Sachverständige zur Anhörung zum Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz im Bundestag eingeladen und übergaben dem Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im Bundesrat im Rahmen einer großen Aktion die vielen bei uns eingegangenen Briefe mit der Kritik an der Reform. Sie wurde leider trotzdem angenommen, aber unsere Arbeit hat sich dennoch gelohnt. Wir haben es erreicht, dass viele Menschen besser informiert sind – das ist eine gute Voraussetzung für unsere Arbeit zu weiteren, von den Parteien angekündigten Gesetzesänderungen.

1.2 Vermögensteuer

Der Verfall der öffentlichen Infrastruktur ist eklatant, genauso wie der Aufwuchs privater Vermögen, der durch das Aussetzen der Vermögensteuer seit dem Jahr 1997 noch begünstigt wird. Höchste Zeit, das zu ändern. Deswegen luden Gemeingut in BürgerInnenhand und das Netzwerk Steuergerechtigkeit am 4. Juli zu einer Tagung ein, um über Vermögensbesteuerung, Daseinsvorsorge und Klimatransformation zu diskutieren. 35 Personen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Gewerkschaften kamen in Berlin zusammen und legten den Grundstein für weitere Aktivitäten. Anfang Oktober veröffentlichten daraufhin 22 Organisationen ein gemeinsames Statement mit dem Titel »Die Zeit ist reif: Superreiche gerecht besteuern. Für einen starken Sozialstaat, Investitionen in öffentliche Infrastrukturen und Klimatransformation – in Deutschland und weltweit«. Mittlerweile trägt das Bündnis den Namen »Allianz Vermögen besteuern jetzt«. Zum Jahresende thematisierte es angesichts der vorgezogenen Bundestagswahl die Besteuerung der Superreichen in Gesprächen mit Parteivorständen.

1.3 Sport- und Erholungszentrum (SEZ)

Großen Schwung gab es bei unserem Engagement gegen den drohenden Abriss eines ganz besonderen Gebäudes. Das Berliner Sport- und Erholungszentrum (SEZ), eröffnet im Jahr 1981 und Ikone der Ostmoderne, war einst ein beliebtes Freizeitparadies. Nach seiner Privatisierung im Jahr 2003 lag es zunehmend brach. Inzwischen gehört es wieder der Stadt Berlin, die es jedoch dem Erdboden gleichmachen will. Dagegen starteten wir eine Petition und organisierten im März eine gut besuchte Kundgebung. Im Anschluss fanden sich Aktive aus der Nachbarschaft und ganz Berlin zusammen, um gemeinsam für den Erhalt und die Wiedereröffnung des SEZ zu kämpfen. Seitdem ist eine

weitere Petition hinzugekommen, die den Denkmalschutz für das Gebäude fordert. Wir haben Artikel zu dem Thema veröffentlicht, unter anderem in der Berliner Zeitung, und saßen auf mehreren Podien, um gegen den verschwenderischen Abriss dieses unverzichtbaren Gemeinguts zu argumentieren.

2 Medienarbeit und Publikationen

Um mit unseren Themen besser durchzudringen, versuchen wir, größere Netzwerke zu knüpfen. Mit der neu gegründeten »Allianz Vermögen besteuern jetzt« gelang uns das, als wir am 4. Oktober das gemeinsame Auftakt-Statement veröffentlichten. Es berichteten: ZDF, Die Zeit, Deutsche Welle, Frankfurter Rundschau, Die Welt, der Freitag und die Nachdenkseiten. Auch unsere Kritik an der Krankenhausreform und den Klinikschließungen wurde ausführlich in großen Medien rezipiert, so im Tagesspiegel, in der tagesschau und im BR sowie in der Fachzeitschrift kma Online. Über unsere Schließungsbilanzen berichteten

WDR, MDR und Bayern 2. Zitate brachten unter anderem: ÄrzteZeitung, Süddeutsche Zeitung, radioeins, junge Welt, Blätter für deutsche und internationale Politik, Berliner Morgenpost, nd, Jacobin, MieterEcho und SoZ. Darüber hinaus produzierten wir sechs Videoclips. Mit den Berliner Themen wie SEZ und Schulbau waren wir mehrmals in der Berliner Zeitung, dem Tagesspiegel, der jungen Welt und im rbb vertreten.

3 Trägerverein und Büro

Unsere Mitgliederversammlung fand Anfang Juli statt. Neu in den Vorstand wurde Herbert Storn gewählt, der dort Ludwig Lindner ablöste. Im Büro arbeiten derzeit vier Personen in Teilzeit. Zu den Themen Krankenhausreform, Schulbau und Vermögensteuer gab es regelmäßige Telefon- oder Videokonferenzen. Über das SEZ und andere Anliegen tauschten wir uns bei den monatlichen Treffen in Berlin aus, die auch zur Vorbereitung von Aktionen dienen.

4 Aktionen und Veranstaltungen 2024 (Auswahl)

- 15.03. Gemeingut und andere Organisationen veranstalten die dreitägige Konferenz »Let's Socialize: Vergesellschaftung als Strategie für Klimagerechtigkeit« in Brandenburg.
- 20.03. Das SEZ wird 43 Jahre. Wir veranstalten die erste Demo für seinen Erhalt und senden per Fahrradkurier mehr als 10.000 Unterschriften an Bausenator Christian Gaebler.
- 14.06. Vortrag und Diskussion beim Krankenhausratschlag in Berlin
- 21.06. »Schluss mit dem Bahnopoly: Das ist doch unsre Bahn!« – die neue Zeitung von Bahn für Alle erscheint in der taz, im nd.DieWoche, im Freitag und in der jungen Welt. Aktive verteilen bundesweit tausende Exemplare.
- 25.09. Wir ziehen mit einem Krankenhausbett vor den Bundestag, protestieren gegen das Krankenhausverbesserungsgesetz (KHVVG) und übergeben 100.000 Unterschriften.
- 09.10. »Keine halben Sachen – die ganze Bahn muss gemeinnützig werden« – Bahn für Alle übergibt unter diesem Motto einen Koffer mit Unterschriften für den Bundesverkehrsminister. Anlass: die Verkehrsministerkonferenz.
- 22.11. Lautstarke Aktion vor dem Bundesratsgebäude mit vdää, Krankenhaus statt Fabrik, Gesundheit statt Profite und anderen Gruppen gegen die Verabschiedung des KHVVG.

5 Mitgliedschaften und Kooperationen

Gemeingut weitete die Kooperationen mit anderen Organisationen stark aus. Das Bündnis Klinikrettung wuchs auf 20 Mitgliedsorganisationen und arbeitete mit zahlreichen weiteren Organisationen, besonders lokalen Gruppen und Beschäftigteninitiativen, eng zusammen. Die neue Allianz Vermögen besteuern jetzt vereint 33 Organisationen, darunter DGB, VdK, Oxfam oder Greenpeace. Für das Bündnis Bahn für Alle und die Initiative EINE S-Bahn für ALLE fungiert Gemeingut als Trägerorganisation.

6 Finanzen

Im Jahr 2024 standen Einnahmen von 333.394,71 Euro Ausgaben von 322.655,32 Euro gegenüber. Gegenüber dem Vorjahr mit Verlust konnten wir den Haushalt stabilisieren, mussten allerdings Personal reduzieren. Wir danken allen Unterstützerinnen und Unterstützern von Gemeingut in BürgerInnenhand für Beiträge und Spenden sowie der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, der Bewegungsstiftung, Movement Hub und der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Projektzuschüsse.

Einnahmen von insgesamt 333.394,71 Euro



Ausgaben von insgesamt 322.655,32 Euro



Quelle: GiB e.V.